

Kapitalismus abschaffen! Faschismus bekämpfen!

Das Alles und noch viel mehr... Für die soziale Revolution!

1. Mai 2065: Die Menschen haben sich weltweit vom Kapitalismus befreit. Sie leben in einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft.

Die Häuser, die Fabriken sowie das Land und die natürlichen Ressourcen sind verkollektiviert, d.h. im Besitz aller. Produktionsstätten und Land, produzierte Waren und Bodenschätze, der gesellschaftliche Reichtum liegt in den Händen aller. An Produktionsprozessen und gesellschaftlichen Entscheidungen sind alle beteiligt. Die Planung dessen, wie viel, was und wie produziert wird, bestimmt sich nicht anhand der Profitinteressen Weniger, sondern richtet sich nach den Bedürfnissen aller Menschen, ebenso wie Forschung, Wissenschaft und Bildung. Die Arbeit, die noch übrig ist, wird gemeinsam organisiert. Die Menschen haben endlich Zeit, ihr Leben selbstbestimmt und kollektiv zu führen und zu organisieren, sich Wissen anzueignen, ihren Interessen nachzugehen und diese zu entfalten.

Doch wir schreiben erst das Jahr 2005 und bevor ein solches Leben möglich ist, muss der Prozess der sozialen Revolution von uns erst erkämpft werden. Diesen Kampf um die Überwindung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung führen wir heute, jetzt und auf allen Ebenen.

Alles für Alle!

Der Verschärfung der Klassenwidersprüche von oben setzen immer mehr Menschen die Organisierung von unten für die eigenen Interessen entgegen: Vielerorts haben sich Basiszusammenschlüsse, wie Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen gebildet, die sich in etlichen Städten in Sozialforen vernetzten. Gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV fanden ab Sommer 2004 kontinuierlich Montagsdemos statt. Hunderttausende nahmen bundesweit an zentralen Demonstrationen gegen Sozialraub teil. Unter dem Motto „Das Ende der Bescheidenheit: Wir wollen Alles... Alles für Alle!“ beteiligte sich ein starker antikapitalistischer Block an der Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg am 6. November 2004. Die kreativen Widerstandsaktionen gegen Sozialraub reichen von Arbeitsamtbesetzungen wie am 3. Januar 2005 bei Agenturschluß oder Aneignungsaktionen wie die der „Überflüssigen“ in Berlin bis hin zu Brandanschlägen auf Sozial- und Arbeitsämter.

Durch den Einsatz staatlich subventionierter Leiharbeitsfirmen wurde schon mit Hartz I der Billiglohnsektor drastisch ausgeweitet, dessen Dimension erst mit den 1€ Jobs vollständig klar wird. Die gänzliche Abschaffung der Zumutbarkeitsregelung bedeutet Zwangsarbeit zu Billiglöhnen an jedem Ort, was folgerichtig auch die höheren Lohngruppen herunterdrückt. Gerade im sozialen Bereich ist das Interesse an 1€ JobberInnen sehr hoch, die Chance auf eine spätere Festanstellung jedoch umso geringer. Durch vorherigen Stellenabbau schaffen Einrichtungen wie die AWO oder auch Caritas 1€ Jobs, dafür bekommen sie in Nürnberg qualifizierte Arbeitslose (z. B. ehemalige MitarbeiterInnen) kostenlos von der NOA gestellt. Für den Aufbau dieses Zwangsdienstsystems bekommt die NOA bis zu 500 – pro Arbeitslosem/r. Auf eine Verweigerung der Zwangsmaßnahmen folgen Leistungskürzungen bis hin zur völligen Streichung.

Seit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zum Jahreswechsel sind schon 2,3 Millionen bisherige Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen in die Armut gedrängt worden und die Angriffe finden mit Sicherheit nicht bei Hartz IV ihr Ende.

Die Prekarisierung, also die Schaffung ungeschützter, sozial nicht abgesicherter, oft zeitlich begrenzter Arbeitsverhältnisse in der Regel gegen einen lächerlichen Lohn wird immer stärker das bestimmende Moment im Leben von immer mehr Menschen. Das bedeutet unsichere Lebensverhältnisse sowie die Privatisierung sozialer Absicherung. Ständige Existenzangst und der Verlust gesicherter Zukunftsperspektiven sind die Folge. An erster Stelle trifft all dies vor allem MigrantInnen und in besonderem Maß Flüchtlinge

mit laut Zuwanderungsgesetz „ausgesetzter Abschiebung“. Nur noch „Hochqualifizierte“ MigrantInnen haben die Chance auf eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, das Aufenthaltsrecht orientiert sich daran, wie nützlich die sie für die deutsche Wirtschaft sind. Der Bezug von Sozialhilfe ist inzwischen ein Abschiebungsgrund.

Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist auch Kampf gegen das Patriarchat

Frauen kämpfen weltweit gegen das Patriarchat und gegen ihre politische, soziale und geschlechtliche Unterdrückung bzw. Benachteiligung mit allen Mitteln auf allen Ebenen. Ihre Forderungen reichen von „Frauenwahlrecht jetzt“ in Kuwait oder existenzsichernde Löhne in Textilfabriken der im Trikont produzierenden Konzerne, wie Adidas, Nike oder H&M, bis gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, Gewalt an Frauen und Mädchen und gegen „Verbrechen im Namen der Ehre“.

Immer wieder wird behauptet, die „Emanzipation der Frau“ sei institutionell mit der Einführung der Frauenwahlrechts und gesellschaftlich mit den Erungenschaften der neuen Frauenbewegung erreicht. Weil man in Spitzenpositionen gelegentlich auch mal eine Frau trifft, sei Chancengleichheit gegeben, weil Frauenbeauftragte existieren, wäre sexistische Diskriminierung am Arbeitsplatz nicht mehr möglich. Dabei stehen Frauenprojekte, die in den 80ern noch durch öffentliche Mittel gefördert wurden, heute kurz vor der Schließung, 70% aller Armen der Welt sind Frauen, der Großteil aller Flüchtlinge sind Frauen und in der BRD erlebt jede dritte Frau sexualisierte Gewalt.

EU-weit erhalten Frauen für die gleiche Tätigkeit durchschnittlich 27% weniger Lohn als Männer. Da Frauen immer noch in den typischen, schlechter bezahlten Frauenberufen des Dienens, Helfens und der Erziehung anzutreffen sind, drängt die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes sie besonders in die Armut. Denn gerade in diesem Bereich sind tausende Stellen in prekäre Billiglohnjobs umgewandelt worden. Durch Hartz IV verlieren 40% der erwerbslosen Frauen, die verheiratet sind oder in eheähnlichen Beziehungen leben, jeden Anspruch auf soziale Leistungen und damit auch die finanzielle Unabhängigkeit von ihrem Partner.

Das Patriarchat ist nach wie vor fester und notwendiger Bestandteil dieses Systems und zieht sich durch alle Klassen. Frauen sind einer Doppelbelastung von Lohnarbeit und reproduktiver Tätigkeit im Haushalt ausgesetzt. Der Kapitalismus benötigt die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen, ebenso, wie ihm die Spaltung der ArbeiterInnenklasse in Männer und Frauen zugute kommt. Der Kampf gegen patriarchale Unterdrückung geht mit dem gegen kapitalistische Ausbeutung einher. Daher müssen Frauen und Männer ihn Seite an Seite gewinnen.

Unsere Antwort auf globale Konkurrenz: Widerstand von unten und internationale Solidarität

Mit einer sog. „Rahmenvereinbarung zur Standortsicherung“ zwischen der IG-Metall und Siemens, bei der Siemens durch die erpresserische Androhung der Verlagerung zweier Werke, die Rückkehr zur 40-h-Woche erzwang, wurden die Angriffe auf den Lohn und die Zeit der ArbeiterInnen von betrieblicher Seite eingeleitet. In rasanter Geschwindigkeit folgten mit Zustimmung der Gewerkschaften Daimler Chrysler und der öffentliche Dienst. Mit dem Schlagwort der „Standortkonkurrenz“ sollen die ArbeiterInnen von der angeblichen Konkurrenz zwischen sich und den KollegInnen, z. B. in Polen, überzeugt werden. Der tatsächliche und innerhalb des Kapitalismus nicht zu lösende Klassenwiderspruch zwischen der internationalen ArbeiterInnenklasse und den Herrschenden wird negiert, bzw. verschwiegen, Ängste erzeugt und die Verzichtsbereitschaft in die Köpfe gehämmert.

Währenddessen explodieren die Gewinne der Konzerne. Das Ertragsplus der 30 größten im DAX vertretenen Konzerne liegt bei fast 70%. Deutschland ist weiterhin Exportweltmeister und übertrifft sich jedes Jahr selbst, der Ausfuhrüberschuss ist auf den historischen Höchstwert von 156 Milliarden Euro gestiegen.

Fortwährend versuchen sich die Staaten in der Konkurrenz um die besten Ausbeutungsbedingungen gegenseitig zu übertreffen. Niedrige Unternehmensbesteuerung und geringe Lohnkosten verhelfen auf der einen Seite inländischen Unternehmen zu mehr Profiten, auf der andern Seite bewegen sie internationale Konzerne zu Investitionen bzw. Standorterhaltung. Anders als von staatlicher Seite immer wieder behauptet, führt dies jedoch nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze, sondern viel öfter zu weiterem Stellenabbau, erneuten Lohnkürzungen und der Auslagerung von Produktionszweigen. Auch die staatlichen Angriffe werden weitergehen, denn durch öffentliche Drohungen, Standorte zu verlagern, erhöhen internationale Großkonzerne den Druck auf den Staat, die Produktionsbedingungen noch profitabler zu gestalten. Und auch die Gewerkschaftsführung haben spätestens seit der „sozialverträglichen“ Mitgestaltung von Hartz IV bewiesen, dass nicht die Vertretung der Interessen der ArbeiterInnenklasse ihr Ziel ist. Vielmehr sabotiert sie kämpferische Initiativen der Betriebsbasis, wie bei Opel Bochum geschehen.

Der Kapitalismus verlangt nach Profitmaximierung, was bedeutet, dass das Maß der Ausbeutung weiter steigen wird, so lange wir nicht durch unsere Kämpfe den Herrschenden einen Strich durch die Rechnung machen. Diese Kämpfe stoßen immer wieder auf Repression, denn bei der Schaffung optimaler Produktionsbedingungen ist es eine Aufgabe des Staates den Widerstand nicht zur Gefahr werden zu lassen. In diesem Kampf sind der Staat und alle, die aktiv seine Politik mittragen, unsere GegnerInnen. Über die Verteidigung erkämpfter Rechte hinaus, muss das System der Ausbeutung, muss der Kapitalismus als Ganzes beseitigt werden. Selbstorganisation in allen Bereichen und Widerstand von unten sind daher unser Ansatz.

Kampf dem Polizei- und Überwachungsstaat!

Der Staat wird, um die kapitalistische Ordnung aufrecht zu erhalten, jeglichen Widerstand mit Repression beantworten. Daher ist der Kampf gegen den immer schneller voranschreitenden Ausbau des Repressionsapparates ein wichtiger Bestandteil linker Politik.

Der Abbau des Rechtsstaates geht einher mit dem Sozialraub und der damit wachsenden Unzufriedenheit. Vorbeugend schafft der Staat Mittel und Wege, um zukünftigen, breit verankerten gesellschaftlichen Widerstand im Keim ersticken zu können.

Im Rahmen der „Terrorabwehr“ wird die rechtsstaatliche Gewaltenteilung wie die seit 1945 gesetzlich bestehende Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgeweicht: Dafür steht das neue „Terror-Abwehrzentrum“ in Berlin, in dem BKA und Verfassungsschutz, aber auch BND, BGS und der Militärische Abschirmdienst nicht etwa illegalerweise zusammenarbeiten, sondern nur täglich „Informationen austauschen“. Gleichzeitig entbrannte eine öffentliche Debatte über die Zulässigkeit von Folter zur Erpressung von Geständnissen und Informationen. Keine Erwähnung fand dagegen, dass es bei der jetzt schon legalen Foltermethode, dem willkürlich angewandten Brechmitteleinsatz gegen vermeintliche Drogendealer, inzwischen schon zwei Tote gab. Auch die DNA-Analyse rückt wieder verstärkt in die Diskussion. CDU/CSU und SPD fordern die Einführung dieser als Standard bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung. Die Praxis polizeilicher Ermittlungsmethoden eilt der Gesetzgebung auch hier wieder voraus.

Eine weitere Neuerung, die die flächendeckenden Überwachungsmöglichkeiten und Kontrollierbarkeit aller Menschen mit EU-Paß weiter vorantreiben soll, sind Pässe die zukünftig biometrische Daten enthalten sollen. Fingerabdruck und Passfoto sollen maschinenlesbar sein und über Distanz geortet werden können.

Unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ wird das neue Zuwanderungsgesetz begründet. Damit kann seit 1. Januar 2005 jedeR nicht EU-BürgerIn mit einem verkürzten Schnellverfahren abgeschoben werden. Während es schon durch die Drittstaatenregelung kaum noch möglich war, auf legalem Weg in der BRD einzureisen, fordert Innenminister Schily, in Nordafrika Aufanglager einzurichten. Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die EU und die BRD ihre Schotten endgültig dicht machen wollen für all diejenigen, die keinen Platz haben in einem profitorientierten System. Der Kapitalismus wehrt sich, aber er ist nicht unverwundbar! Darum gilt es, der

Repression der Herrschenden die Solidarität der Unterdrückten entgegenzusetzen.

„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln!“

Seit dem Beginn des Irak-Kriegs formierte sich weltweit wieder eine Anti-Kriegsbewegung. In Istanbul fand eine Großdemonstration gegen den NATO-Sicherheits-Gipfel statt. Anfang Februar demonstrierten während der Nato-Sicherheitskonferenz in München 10.000 Menschen gegen Kapitalismus, Krieg und Besetzung im Irak. Dieser Widerstand muß fortgesetzt und verbreitert werden.

Die US-Kriegsstrategen sind sich ihrer Vormachtsstellung sicher und teilen den übrigen NATO Staaten ihre Großmachtambitionen und Kriegspläne offen mit. Die Drohungen richten sich u.a. gegen den Iran und Syrien. Wie schon im Irakkrieg wird die „Terrorismusgefahr“ beziehungsweise der angebliche Besitz von Massenvernichtungswaffen als Kriegsgrund vorgeschoben. Sowohl den US-amerikanischen, aber auch europäischen Kriegsstrategen geht es um geostrategische Interessen, um die Sicherung neuer Wirtschaftsräume und die Kontrolle von Rohstoffreserven, besonders den Erdgasvorräten des Irans.

Für die US-amerikanische Regierung ist dabei Krieg eine Option, dies widerspricht aber europäischen und vor allem deutschen Interessen, denn gerade die BRD ist wirtschaftlich mit dem Iran verknüpft und setzt daher auf „Dialog“. VW ist zum Beispiel am Bau einer Fertigungsstätte nahe der Stadt Bam beteiligt und plant die Errichtung eigener Fabriken in den nächsten Jahren. Wie schon im Irak würde die BRD bei einer Neuaufteilung des Irans nach einem Krieg Marktanteile verlieren.

Auch die EU will in Zukunft die wirtschaftlichen Interessen vermehrt auch kriegerisch durchsetzen. Um militärisch unabhängig von den USA agieren zu können, baut die EU ein eigenes GPS-System, mit dem die zentimetergenaue Steuerung von Raketen und Flugzeugen möglich wird. Dies ist ein weiterer Schritt zur eigenständigen Militärmacht EU.

Allen anderen voran profitiert die Rüstungsindustrie von dieser Entwicklung. Die Vorreiterrolle nimmt hier der weltweit zweitgrößte Konzern EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) ein, welche 2000 aus einer Fusion deutscher, französischer und spanischer Rüstungsunternehmen entstand. Aktuell verpflichtet sich jeder EU-Mitgliedsstaat in der kurz vor Unterzeichnung stehenden EU-Verfassung SoldatInnen und Geld für die entstehende EU-Interventionsarmee bereit zustellen.

Die engen Verbindungen zwischen Profitinteressen und weltpolitischen Entwicklungen zeigen einmal mehr, dass der Widerstand dem Kapitalismus als Ganzes gelten muss. Ohne einen revolutionären Umsturz der Verhältnisse wird es weiter Kriege geben, denn die kapitalistische Logik basiert auf Profitmaximierung zu jedem Preis.

Kampf dem Faschismus, heisst Kampf dem Kapital

Es gab ihn doch, den antifaschistischen Widerstand in der Zeit des deutschen Faschismus. Jugendliche EdelweißpiratInnen kämpften gegen die HJ und versteckten JüdInnen, ZwangsarbeiterInnen und Deserteure. Die kommunistische Partei Deutschlands kämpfte unter schwersten Bedingungen gegen die Nazis. Zum Teil wurde im Geheimen der 1. Mai als ArbeiterInnenkampftag gefeiert. PartisanInnen in den besetzten Gebieten kämpften gegen die Wehrmacht, JüdInnen leisteten bewaffneten Widerstand gegen ihren Abtransport in die Vernichtungslager.

Doch heute, 60 Jahre nach Befreiung vom deutschen Faschismus werden nicht sie geehrt, sondern deutsche TäterInnen. So veröffentlicht die FAZ immer wieder Anzeigen, die an das Leben und die Taten gefallener Wehrmachtssoldaten erinnern. Der Putschversuch von Rechtskonservativen des „20. Juli“, der nur das Ziel hatte, das deutsche Kapital vor einer Niederlage zu bewahren, wird als Widerstand gefeiert.

Gleichzeitig geben bürgerliche Medien der 60jährigen Befreiung vom deutschen Faschismus den unscharfen Namen „das Ende des Krieges“ und illustrieren ihn mit Bilder

des zerstörten Nazideutschlands. Ebenso wie in der Ausstellung „Nürnberger Bombennächte“ soll damit die Zerstörung Deutschlands in den Vordergrund und der deutsche Faschismus in den Hintergrund gerückt werden. Der Faschismus war und wird niemals ein Phänomen sein, das isoliert zu betrachten ist. Das Problem der gesellschaftlichen Unruhen und der wirtschaftlichen Krise Anfang der 30er Jahre lösten Teile des Großkapitals durch Unterstützung und Zusammenarbeit mit den FaschistInnen. Dies ermöglichte die Einführung von Zwangsarbeit, Aufrüstung und Krieg mit dem Ziel der Eroberung anderer Länder und die systematische Plünderung dieser. Durch die Projektion aller Nachteile des Kapitalismus auf die jüdische Bevölkerung konnten die größten Teile der Gesellschaft in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft integriert werden. Auf der ökonomischen Basis des Kapitalismus entstand als Herrschaftsform eine totale Diktatur, die in der Ermordung von Millionen von Menschen und im Holocaust gipfelte.

Nach 1945 fanden viele der Nazi KriegsverbrecherInnen wieder den Weg in Politik, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft. Arisierung- und Kriegsgewinnler wie Quelle, Karstadt, Siemens, Diehl und Krupp sind auch heute noch weltweit bedeutende Konzerne. Wenn also am 8. Mai nach 60 Jahren die Befreiung vom Nationalsozialismus gefeiert wird, so sind die Wurzeln des Faschismus nach wie vor vorhanden. Doch die bürgerlichen Parteien, die Medien und große Teile der Bevölkerung erklären die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die bis jetzt kaum stattgefunden hat, für beendet. Eine nationale Mobilisierung, legitimiert die Trauer um die Kriegstoten und räumt Deutschland ein Recht auf Nationalismus und kommende Angriffskriege ein. Antisemitische und rassistische Übergriffe sowie Naziaufmärsche gehören 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus zur deutschen Realität.

Bei einem Naziaufmarsch in Berlin am 1. Mai letzten Jahres gingen Tausende von Menschen, darunter autonome AntifaschistInnen auf die Strasse, stoppten die Nazis durch Barrikaden und Strassenmilitanz und machten so klar, dass der 1. Mai ein linker Kampftag bleibt. Dieses Jahr werden wir uns am 1. Mai in Nürnberg den Nazis entgegenstellen.

Erfolgreicher als bei den genannten Aufmärschen waren die Nazis bei den Landtagswahlen. Seitdem nutzt die NPD die politische (Landtags-) Bühne für ihre menschenverachtende Propaganda.

In Verknüpfung mit der üblichen Hetze gegen "Nichtdeutsche" versuchen die NeofaschistInnen sich immer wieder in die entstandene Bewegung gegen Sozialraub zu drängen. So auch jetzt in Nürnberg, wo sie am 1. Mai mit der Parole "Das Volk sind wir, weg mit Hartz IV" demonstrieren wollen. Es ist daher wichtig, eine revolutionäre, linke Kapitalismuskritik zu formulieren und den Sozialraub als Angriff der Herrschenden und Produkt des Kapitalismus zu vermitteln.

Doch es geht auch anders. "Kapitalismus ist der Weg zur Hölle" (Chavez)

In Südamerika regt sich der Widerstand gegen neoliberale Umstrukturierung und kapitalistische Ausbeutung. Den Putschversuchen der rechten Opposition zum Trotz geht der bolivarianische Prozess in Venezuela weiter und nimmt mehr und mehr auch eine außenpolitische Dimension an. Während innerhalb des Landes inzwischen Hunderttausende, in linken Basiskomitees organisiert, gesellschaftliche und politische Entscheidungen mitbestimmen, während die Papierfabrik Venepal von ArbeiterInnen enteignet und im Januar schließlich verstaatlicht wurde, während Bildung, medizinische Hilfe, Strom und Wasser für alle zugänglich gemacht und das Agrarland umverteilt wird, steht oder fällt der Prozess hin zum Sozialismus in Venezuela auch mit der Größe des Einflusses der USA. Ende 2004 wurden Ölverträge mit China abgeschlossen, um damit die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten einzudämmen. Als Gegenmodell zu dem gesamtamerikanischen Freihandelsabkommen ALCA, schließen Venezuela und Cuba eine „bolivarianische Allianz für Lateinamerika“ (ALBA). Dies zeigt, dass es möglich ist, Ansätze einer Gegenmacht zu den imperialistischen Mächten aufzubauen. Der Kampf hier

vor Ort und der in Venezuela ist ein gemeinsamer und bedarf der internationalen Solidarität.

Der Welt, wie wir sie heute erleben, stellen wir eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung gegenüber. Doch eine Utopie bleibt eine Utopie, solange wir sie nicht erkämpfen.

Organisieren wir uns im Alltag, dort wo wir arbeiten müssen und leben, in den Stadtteilen, Betrieben und Schulen ...

Kämpfen wir gemeinsam, solidarisch und international ...

Das alles ist der Weg hin zur Abschaffung des Kapitalismus und noch viel mehr wird der Aufbau einer freien kommunistischen Gesellschaft umfassen, denn die Revolution findet nicht an einem Tag statt.

**Kapitalismus abschaffen – Faschismus bekämpfen! Das alles und noch viel mehr! Für die Soziale Revolution!
Kommt mit uns raus auf die Strasse am 1. Mai in Nürnberg**

Es rufen auf: organisierte Autonomie (oa), autonome Jugendantifa (aja), Pension Ost, Antifaschistisches Aktionsbündnis Nbg., Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, TAYAD-Komitee, Motorradclub Kuhle Wampe, linkesbuch.de, Initiative für ein autonomes Zentrum Nbg., Bolesevik Partizan Nbg., TrotzAlledem Nbg., Libertad Nbg., Bunte Liste der Uni Erlangen-Nbg., Fachschaft Sozialwesen der GSO-FH, GEW Hochschulgruppe, [´solid] Nbg.,

Die Durchführung der Demo unterstützen: Schülerbündnis Nürnberg, USK-HipHop

eine Initiative der organisierten Autonomie (oa)